

Gleichgewicht des Schreckens

Weltwirtschaft im Frühjahr 2005

von Winfried Wolf

Im März 2005 hatte die Londoner „Financial Times“ zweimal ausgesprochen beunruhigende Titelschlagzeilen. Am 2. März lautete diese: „Doubt over German economy – Zweifel über deutsche Wirtschaft“. Berichtet wurde, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) die Wachstumsprognose für die BRD im Jahr 2005 von 1,8 auf 0,8 Prozent gesenkt habe. Knapp zwei Wochen später, am 14. März 2005, lautete die Titelschlagzeile desselben maßgeblichen europäischen Wirtschaftsblattes: „Bankruptcy firms go hiring – Konkursverwalter stellen ein“. Der entsprechende Artikel beginnt mit dem Satz: „Konkursverwalter und Beratungsfirmen für Insolvenzen stellen in großem Umfang zusätzliche Kräfte ein aufgrund ihrer Befürchtungen, dass ein Ende des kreditfinanzierten Booms bevorsteht, was in den USA und in Europa eine Welle neuer Firmenpleiten auslösen könnte.“

Tatsächlich könnte bei Blicken auf die Lage der Weltwirtschaft die Diskrepanz kaum größer sein. Da sind die lichten Seiten: Die kapitalistische Weltwirtschaft wuchs im vergangenen Jahr um 5 Prozent – so stark wie seit 25 Jahren nicht mehr. Die deutsche Ökonomie legte um 1,7 Prozent zu. Die BRD konnte ihre Position als Exportweltmeister halten. Weltweit stiegen die Profite der großen Unternehmen. Die Börsenkurse stiegen erneut an.

Und dann gibt es die düstere Seite der Erwerbslosigkeit: In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Rekordzahl von fünf Millionen offiziell registrierten Erwerbslosen bereits drei Monate lang – Januar bis März 2005 – überschritten. In der Europäischen Union (der 25 Mitgliedsländer) liegt die Arbeitslosenquote weiter auf dem hohen Niveau von neun Prozent.

Jetzt heißt es erneut: Dem „Markt“ muss eine Chance gegeben werden; dies würde der Menschheit zum Wohle gereichen. Nach einer Analyse der Weltbank belegt das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr die Möglichkeit, dass die weltweite Wirtschaftsleistung pro Kopf bis 2015 um jährlich 3,5 Prozent wachsen und damit auch die Zahl der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben müssen, halbiert werden könnte.

Damit wird kapitalistische Logik mehrfach geleugnet.

- Erstens bewirkt ein solches zehnjähriges *Pro-Kopf*-Wachstum von 3,5 Prozent – die Bevölkerungsentwicklung und die Zinseszins-Mathematik berücksichtigend – eine Steigerung des weltweiten Bruttoinlandprodukts um rund drei Viertel, was einer ähnlich großen Erhöhung des Ressourcenverbrauchs gleichkommt. Die damit verbundenen Umwelt- und Klimafolgen würden zusätzlichen Hunderten Millionen Menschen Elend und existenzielle Gefährdung bringen.

- Zweitens demonstrieren 250 Jahre kapitalistischer Krisenzyklus, dass Jahre mit hohen Wachstumsraten stets die Vorboten der kommenden Krise sind.
- Drittens könnte das zitierte Weltbank-Ziel tatsächlich auf perverse Art, durch den fortgesetzten Verfall des Dollar-Werts, erreicht werden. Angesichts der wankenden Architektur des kapitalistischen Finanzsektors ist dies nicht unrealistisch.
- Vor allem aber kann nachgewiesen werden, dass das Zusammenfallen von hohen Arbeitslosenzahlen und hohen Gewinnen eine logische Einheit darstellt. Diesen ebenso profanen wie profitablen Zusammenhang stellte Bundeskanzler Schröder Ende Januar 2005 auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos in seiner Rede vor dem kapitalen Publikum instinktsicher ins Zentrum. In einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ heißt es: „Am Abend vor seiner Rede aß (der Kanzler) mit den versammelten Spitzen der deutschen Wirtschaft zu Abend ... Die Chefs erzählten dem Kanzler über die Stimmung in den Unternehmen und ermutigten ihn, am nächsten Tag ordentlich Werbung für Deutschland zu machen. Genau das tat er dann (im Plenum): Er erläuterte, wie Hartz IV funktioniert ... Dann sagte er noch, Deutschland habe das beste Gesundheitssystem und den besten Niedriglohnsektor der Welt. Auf solche Superlative muss man erst mal kommen.“

Weltwirtschaft und Lok USA

Mitte 2000 erlebte die weltweite Konjunktur einen letzten Höhepunkt. Ein langer Industriezyklus, der 1991 eingesetzt hatte, ging zu Ende. Er verlief in allen wichtigen Industrieländern synchron – anders als in der vorausgegangenen Krise Anfang der neunziger Jahre, als die westdeutsche Ökonomie aufgrund des Einheitsbooms ausscheren konnte. Im ersten Quartal 2001 war die Industrieproduktion der hoch industrialisierten kapitalistischen Länder, der OECD-Staaten, bereits negativ. Weltweit brachen die Börsenkurse auf breiter Front ein. Die Krise schien zunächst allerdings nur das typische eine Jahr – 2001 – anzudauern. 2002 lag die industrielle Produktion im OECD-Bereich bereits wieder im Plus. Doch Ende 2002 und Anfang 2003 gab es einen neuerlichen Einbruch; der „double dip“ und die Gefahr einer tiefen Krise waren gegeben. Ab dem 3. Quartal 2003 fasste die Weltwirtschaft jedoch wieder Tritt. 2004 schien die heile Welt des industriellen Zyklus wieder in Ordnung. Stand eine neue zehnjährige Wachstumsperiode bevor? So, wie im vorausgegangenen Zyklus 1991 bis 2000? Die professionellen Konjunkturbeobachter der OECD taten kund, „die Konjunkturerholung wird so stark ausfallen, dass es zu einer weltweiten Trendwende an den Arbeitsmärkten“ kommt. Insbesondere in Deutschland werde die Arbeitslosenquote „ab Ende 2004 zurückgehen und 2005 auf 8,8 Prozent fallen“.

Tatsächlich gab es 2004 weltweit – und erneut synchron – das beschriebene Wirtschaftswachstum, auch wenn die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau

verharrte. Doch im Lauf des Jahres flachte das Wachstum spürbar ab und hatte sich im Herbst 2004 gegenüber dem Vorjahr auf rund zwei Prozent halbiert.

Die *US-amerikanische Ökonomie* ist weiterhin der – tönernen – Koloss der Weltökonomie. In Zahlen und Währungsrelationen von 2003 hatten die USA ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 9700 Milliarden Euro, was 32 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts entspricht. Die Wirtschaft der USA war entscheidend beim Marsch in die neue Krise und bei der Zitterpartie während des double dip. Sie blies der Weltökonomie die Fanfare im Aufschwung – mit einem 7,4 Prozent-BIP-Wachstum im 3. Quartal 2003 und einem 4-Prozent-BIP-Wachstum im ersten Halbjahr 2004. Doch die US-Ökonomie trägt auch zur Abschwächung der Weltkonjunktur bei. Im vierten Quartal 2004 lag das BIP-Wachstum noch bei 3,2 Prozent. Die industrielle Produktion wuchs im letzten Quartal 2004 nur noch um rund ein Prozent. Selbst wenn die entscheidende Gefahren für die US-Wirtschaft, die im Finanzsektor, im Dollarverfall und in der Immobilienbranche liegen, an dieser Stelle noch ausgeblendet werden, signalisieren bereits die Daten für die Realwirtschaft eine Abschwächung der Konjunktur.

Japan

Die zweitgrößte Ökonomie der Welt, die (erneut in Preisen und Währungsrelationen von 2003) ein Bruttoinlandsprodukt von knapp 3800 Milliarden Euro und damit 12 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts auf sich vereinte, erlebte zwischen 1992 und 2002 eine elfjährige Periode mit Rezessionen, Miniaufschwüngen und Stagnation. Eine solche „Sonderentwicklung“ hatte es bei einem führenden kapitalistischen Industriestaats noch nicht gegeben.

Nach Aufschwungtendenzen 2002 und einem neuen Rückfall 2003 nahm die japanische Wirtschaft 2004 am weltweiten Aufschwung teil. Das wurde weltweit wie die Rückkehr eines verlorenen Sohns gefeiert. Michael Höfling verkündete Mitte 2004 in der „Welt am Sonntag“: „Japans Wirtschaft hat die Wende zum Besseren geschafft. ... Vieles spricht dafür, dass es sich diesmal um einen fundamental nachhaltigen Aufwärtstrend handelt.“

Auffallend ist, dass nirgendwo in den bürgerlichen Konjunkturanalysen eine ernsthafte Analyse darüber zu finden ist, weswegen die bis 1992 gefeierte Industriemacht Nippon ein „schwarzes Jahrzehnt“ erlebte und was die Gründe für das – scheinbare – Ende dieser Krise und den Aufschwung der japanischen Ökonomie im vergangenen Jahr waren. So ist, wie in der BRD, der größte Teil des aktuellen japanischen Wachstum auf das Exportwachstum zurückzuführen. Schon gar nicht wird die nahe liegende Frage gestellt, ob sich eine Entwicklung, wie es sie in Japan gab, bei einer anderen großen kapitalistischen Ökonomie wiederholen könnte.

So musste Anfang 2005 verwundert zur Kenntnis genommen werden, dass es in Japan kaum mehr ein Wirtschaftswachstum gibt. Für 2005 wird ein BIP-

Wachstum von 1,5 Prozent vorhergesagt. Die industrielle Produktion stagniert erneut seit Frühjahr 2004. Im letzten Quartal 2004 gab es gerade noch ein BIP-„Wachstum“ von 0,1 Prozent. Das deckt sich zwar mit den weltwirtschaftlichen Tendenzen und mit der US-Entwicklung. Jedoch sind der spezifische Hintergrund der japanischen „Sonderperiode“ – und die daraus resultierenden besonderen Belastungen – zu berücksichtigen. Die erfahrene Tokio-Berichterstatterin Angela Köhler leitete denn im Februar ihre Konjunktüreinschätzung mit den ehrlichen Sätzen ein: „Wenn eine Rezession so lange dauert wie die verlorene Dekade in Japan, fällt es offenbar besonders schwer, den Puls der Ökonomie zu fühlen: Es gibt derzeit keinen Konsens über die Konjunktur des Landes, selten lagen die Prognosen so weit auseinander.“

Europa

Unter den Triadenmächten USA/Nafta (Nordamerikanische Freihandelszone), Japan und EU war der Beitrag Westeuropas zum weltweiten Aufschwung 2004 der geringste. Die EU der 25 Mitgliedstaaten verbuchte ein Wachstum von 2,2 Prozent; wobei dies noch durch das hohe Wachstum der zehn neuen Beitrittsländern (plus 4,9 Prozent) geschönt ist. Das Wachstum im Euro-Raum lag bei nur 1,8 Prozent. Verantwortlich dafür war auch, dass sich eine einheitliche EU-Binnennachfrage mit sich selbst verstärkenden Effekten nicht herausbilden konnte. Immer noch existieren ein Dutzend unterschiedliche Währungen und 25 unterschiedlichen Wirtschaftspolitiken. 2004 lag im Euroraum die Spannweite der Wachstumsraten zwischen 4,5 Prozent (Griechenland und Irland) und 1,2 Prozent (Niederlande und Italien). Die westeuropäische Ökonomie ist noch mehr als diejenigen in Japan und in den USA vom Welthandel und von der Entwicklung der Exporte abhängig. Hier dämpften die Aufwertungen des Euro und anderer europäischer Währungen gegenüber dem Dollar – und damit auch gegenüber den an den Dollar gebundenen Währungen wie dem chinesischen Renminbi – das Wachstum. Die Europäische Zentralbank (EZB) erwartet für die Euro-Zone im laufenden Jahr 2005 nur noch ein Wachstum von 1,6 Prozent. Markus Marterbauer vom österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung postulierte: „Die entscheidende Frage für die künftige Entwicklung der europäischen Wirtschaft bleibt, ob die Binnennachfrage anspringen wird und die starke Auslandsnachfrage ersetzen kann.“ Gerade dies ist jedoch wenig wahrscheinlich. Inzwischen zeigen sich neben der BRD auch in anderen maßgeblichen EU-Ländern, so in Frankreich und in Italien, „Wachstumsschwächen“ und erneut steigende Arbeitslosenzahlen.

BRD

Man dürfe das „Wachstum in Deutschland nicht klein reden“, äußerte Johann Hahlen, der Präsident des Statistischen Bundesamtes im Januar 2005 bei der Vorstellung der Ergebnisse im abgelaufenen Jahr. Bundeswirtschaftsminister

Wolfgang Clement sekundierte: „Die Trendwende ist geschafft. 2005 wird die wirtschaftliche Erholung an Kraft und Breite gewinnen.“

Zunächst ist hervorzuheben, dass die deutsche Ökonomie in den Jahren 2001 bis 2003 eine *dreijährige Stagnationsperiode* erlebte. Das Niveau der industriellen Produktion lag in dem gesamten Dreijahres-Zeitraum unter demjenigen des Jahres 2000. Nach diesem Indikator zur materiellen Produktion handelte es sich um eine Wirtschaftskrise. Eine derart lange Periode von Rezession und Stagnation gab es seit der Weltwirtschaftskrise nicht. Sodann muss das Wachstum 2004 durchaus „kleingeredet“ werden. Offiziell stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,7 Prozent. Davon entfallen jedoch allein 0,5 Prozentpunkte auf die fünf zusätzlichen Arbeitstage, die es 2004 im Vergleich mit einem durchschnittlichen Jahr gab. Um diesen Effekt bereinigt bleibt ein reales (vergleichbares) Wachstum von 1,2 Prozent. Angesichts einer deutlich schneller wachsenden Produktivität muss ein derart niedriges Wachstum zum Abbau des Arbeitsvolumens beitragen – Schikanen wie die verlängerten Arbeitszeiten noch nicht berücksichtigt. Wie auch immer die offiziellen Zahlen von 5.037.000 Erwerbslosen im Januar 2005, von 5.216.000 im Februar und von 5.176.000 im März 2005 errechnet wurden – der fortgesetzte Anstieg der Massenarbeitslosigkeit ist real und keineswegs primär Resultat der Hartz-IV-Konterreform. Im übrigen resultiert der größte Teil des 2004er Wachstums auf dem „Außenbeitrag“ – dem enorm hohen Exportwachstum und einem Überschuss in der Leistungsbilanz.

Wenn der Bundeswirtschaftsminister das Wirtschaftswachstum im Jahr 2005 lobpreist, dann spielt er offensichtlich den Pausenclown. Er weiß, dass das Gegenteil zutrifft: Die OECD und der Sachverständigenrat gingen Anfang 2005 noch von einem deutschen BIP-Wachstum im neuen Jahr von 1,4 Prozent aus. Inzwischen gehen die meisten Institute von einem maximalen Wachstum von 0,8 Prozent, das Kieler Institut für Weltwirtschaft nur noch von 0,6 Prozent aus. Anstelle einer Erholung mit „Kraft und Breite“ kann also von einer Verstetigung eines Miniwachstums bei Gefahr eines erneuten Abgleitens in die Rezession gesprochen werden.

Emerging markets und China

Die größten Wachstumsraten gab es 2004 außerhalb der Triade, vor allem in Lateinamerika und in Asien (ohne Japan). Aufgrund des gestiegenen spezifischen Gewichts dieser Regionen im Rahmen des kapitalistischen Weltmarkts trug dieses Wachstum deutlich zu den allgemeinen Aufschwungtendenzen bei. Die betreffenden Ökonomien leisteten wirksame Entwicklungshilfe für die „Erste Welt“.

So wies Lateinamerika 2004 ein Wachstum des BIP von 5,5 Prozent aus, das größte Wachstum seit 1997 und deutlich mehr als der OECD-Vorreiter USA. Einzelne Länder des Subkontinents wie Venezuela (16 %) und Chile (5,8 %),

aber auch das aus tiefster Krise auftauchende Argentinien (8,2 %) lagen zum Teil deutlich über dieser durchschnittlichen Wachstumsrate. In Asien (ohne China) lag 2004 das Wachstum mit 6,3 Prozent nochmals höher als das durchschnittliche Wachstum auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Die größte – und für die Weltwirtschaft wichtigste – Expansion gab es jedoch in China mit einem BIP-Plus von 8,5 Prozent. China rückte binnen weniger Jahre zur siebtgrößten Industrienation auf – mit einem Anteil von 3,9 Prozent an der Weltproduktion, deutlich vor dem G-7-Staat Kanada (2,7 %) (Basis und Währungsrelationen von 2003). Bei den weltweiten Exporten lag China 2004 weitgehend gleichauf mit Japan. Das Wachstum des chinesischen Marktes trug, so der deutsche Sachverständigenrat, „in nicht zu vernachlässigendem Ausmaß“ zur Stärke des weltweiten Aufschwungs bei. 2004 machten steigende Ausfuhren nach China rund 25 Prozent des deutschen Exportwachstums aus, bei Südkorea lag diese Marge bei 45 Prozent, bei Japan bei 70 Prozent und bei Taiwan gar bei 90 Prozent.

China ist die einzige Region von Gewicht, für die 2005 kein größerer Rückgang des Wirtschaftswachstums vorhergesagt wird. Eher droht eine Überhitzung der Konjunktur. Dann allerdings gibt es auch die Gefahr einer „harten Landung“.

Konzernmacht und Weltkonjunktur

Seit vielen Jahren wächst in der kapitalistischen Wirtschaft der Welthandel schneller als die Binnenwirtschaft der einzelnen großen Regionen. Dies gilt selbst für die USA mit ihrer starken Binnennachfrage: Dort stiegen 2004 die Exporte mit 9 Prozent um das Doppelte des BIP-Wachstums, die Importe sogar mit 9,8 Prozent (das letztere bewirkte das Handelsbilanzdefizit). Noch größer sind die diesbezüglichen Diskrepanzen in der BRD oder in Japan.

Diese Entwicklung wird gemeinhin als Globalisierung bezeichnet. Übersetzt man Globalisierung mit „gleichmäßig sich vernetzende Weltwirtschaft“, dann gibt es eine solche Entwicklung nur auf dem Papier. In Wirklichkeit entfällt ein erheblicher und ständig wachsender Teil dieses Wachstums auf wenige, dominierende große Unternehmen. Diese Unternehmen agieren zwar international und finden ihr Ausbeutungspotential auf der ganzen Welt, hinsichtlich ihrer Firmensitze konzentrieren sie sich jedoch zu mehr als 90 Prozent auf die Regionen Nordamerika, Westeuropa und Japan. (siehe Beitrag zur Macht der 500 größten Konzerne in dieser Broschüre).

Auch die gesamten Warenströme in der Weltwirtschaft konzentrieren sich weiterhin auf den Handel zwischen den Triadenmächten USA, EU und Japan und einzelnen Schwellenländern. Darüber hinaus entfällt ein großer Teil des Welthandels auf den Austausch *innerhalb* der großen Konzerne, auf den so genannten Intra-Firm-Trade. Während beispielsweise der Handel (Exporte und Importe) zwischen Japan und USA im Zeitraum 1983 bis 1994 von 75 Milliarden US-Dollar auf 170 Milliarden US-Dollar anstieg, wuchs der

Austausch zwischen US-Muttergesellschaften und ihren Niederlassungen in Japan und derjenige zwischen japanischen Muttergesellschaften und ihren Töchtern in den USA von 50 Milliarden auf 130 Milliarden US-Dollar. Er machte demnach 1994 bereits rund drei Viertel des US-amerikanisch-japanischen Handels aus.

Was also mit den Begriffen „Wachstum des Welthandels und der Weltwirtschaft“ als Beiträge zum Wohlstand für alle verkauft wird, ist in erheblichem Umfang Ergebnis der Arbeitsteilung zwischen den großen Konzernen und innerhalb der großen Konzerne selbst. Diese spezifische Art Handelsströme, die offensichtlich den Welthandel bestimmen, hat offensichtlich erhebliche Bedeutung für die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft.

Die fragilen Stützen des Aufschwung

Wenn seit Herbst 2004 die Konjunktur bereits wieder lahmt, dann hat dies in erheblichem Maß mit der wachsenden Konzernmacht und der inneren Logik dieser Kapitalkonzentration vor dem Hintergrund zurückbleibender Massennachfrage zu tun. „Ganz offensichtlich“, so eine Bilanz im „Spiegel“ Ende 2004, „haben sich die Weltunternehmen von der Konjunktur abgekoppelt ... Seit vier Jahren reduzieren die großen deutschen Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen.“ Die Profite in der BRD stiegen 2004 um 11 Prozent oder um das Siebenfache des BIP-Wachstums. Die Gewinne der führenden Dax-Unternehmen sind in der Regel doppelt so hoch. Weltkonzerne, die bereits 2003 Rekordprofite auswiesen, toppten diese im abgelaufenen Jahr nochmals. Der größte Industriekonzern der Welt, BP, steigerte 2004 seinen Profit um 27 Prozent, von 12,7 auf 16,2 Milliarden US-Dollar.

Die Verwertungsbedingungen für das große Kapital sind damit so favorabel wie seit langem nicht mehr. Weltweit stagnieren und sinken die Reallöhne, die Arbeitszeiten werden verlängert, die Unternehmenssteuern sinken, das Auspielen der weltweiten Arbeitsteilung und die Standortkonkurrenz verbunden mit gesellschaftlich subventionierten, lächerlich niedrigen Transportkosten optimiert die Profitproduktion.

Die gleichen Bedingungen jedoch, die diesen Profiten zugrunde liegen, reduzieren weltweit die Nachfrage der öffentlichen Hand und der Massen. Zwar wird auf längere Sicht, wie in den siebziger und frühen achtziger Jahren, auch die Profitrate wieder sinken – dann wenn die aktuelle Rationalisierungswelle sich in niedrigeren relativen Preisen und in einer höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals, einer größeren „Kapitalintensität“, niederschlägt. Doch auf mittlere Frist haben die großen Konzerne das profane Problem: wohin mit der Knete? In der Folge kommt es verstärkt zu Sumpfbüten-Entwicklungen wie am Ende des vorausgegangenen langen Aufschwungs. Die Binnennachfrage wird künstlich, durch Substitute und spekulative Prozesse, ersetzt. Dies soll hier exemplarisch konkretisiert werden.

1. „Nach außen“ durchdringen die Konzerne den Weltmarkts mit Exporten und Auslandsinvestitionen. Alle Winkel der Welt und alle Anlagemöglichkeiten werden für die private Kapitalanlage erschlossen. Auf die formelle Subsumtion unter das Kapital folgt die reelle. Auch ein Politbüro der KP Chinas wird sich diesem gewalttätigen Prozeß nicht in den Weg stellen – es ist längst vorantreibender Teil desselben.

Das Problem dabei ist: Die Erde ist endlich. Exportüberschüsse schlagen sich anderswo in Defiziten nieder. Heiner Flassbeck, Chefökonom der Unctad: „Die Gewinnexplosion bei den deutschen Unternehmen 2004 ist zu nahezu 100 Prozent der Tatsache zuzurechnen, dass das Ausland bei uns auf Pump eingekauft hat. Das ist nur ein Strohfeuer, weil das Ausland früher oder später die Schulden zurückzahlen muss.“

2. „Nach innen“ gibt es die Beschleunigung der Privatisierungen und den Rückzug des Staates in Bereichen der Daseinsvorsorge und des Sozialstaats. Dies wird auf internationaler Ebene mit dem GATS-Abkommens und auf EU-Ebene mit der Bolkestein-Richtlinie, mit der Privatisierung von Dienstleistungen, vorangetrieben. In der BRD wird dies konkretisiert durch den forcierten Verkauf von Staatsanteilen an Telekom und Postbank, mit der Privatisierung von Straßenbau und –unterhalt, durch die Öffnung der Bahn für Private und mit der Einrichtung des Satteliten gestützten Wegelagerer-Mautgeschäfts. Seit Ende 2004 gibt es hierzulande auch den ersten teilprivatisierten Knast: Im osthessischen Hünfeld wird das bisher staatliche Gefängnis von der Serco GmbH & Co KG, der deutschen Tochter des britischen Sicherheitskonzern Serco-Konzerns, betrieben. Dass dies ein Boom-Bereich ist, zeigt die US-Erfahrung, wo sich auf diese Weise die Zahl der Strafgefangenen in nur zwölf Jahren auf mehr als zwei Millionen verdoppeln ließ.

Das Problem dabei ist: Auch diese Bereiche sind endlich. In den USA sah 2003 der auf diese Weise „verschlangte“ und verarmte Bundesstaat Nevada nur noch die Möglichkeit, mittels einer zehnpromzentigen Vergnügungssteuer auf die Dienstleistungen in Bordellen seine Finanzen aufzubessern. Womit offensichtlich in die Privatsphäre der freien Kapitalanlage eingegriffen wird.

3. Es kommt zu einem neuerlichen Aufleben der Spekulation. Das Wachstum der Börsenkurse 2003 und 2004 lag deutlich über dem Produktionswachstum, was auf den Aufbau einer neuen „Blase“ schließen lässt. Ein erheblicher Teil der aktuellen Kursgewinne geht darauf zurück, dass die großen Unternehmen die eigenen Aktien aufkaufen und so den Kurs puschen. Was bei Emile Zola in „Das Geld“ bereits als Vorbote eines Börsencrashes beschrieben wurde, ist in der BRD seit 1998 legal und gang und gäbe: Zwei Drittel aller Dax-Unternehmen haben in jüngerer Zeit von „buybacks“, Aktienrückkäufen, Gebrauch gemacht haben. Da nach den shareholder-value-Prinzipien mit einem Anstieg der Aktienkurse auch die Vergütungen der Top-Manager steigen, ist diese Art eines neuen

spekulativen Booms geradezu eingepreist. Allein die Deutsche Bank hatte bis Anfang 2005 bereits rund sechs Milliarden Euro in buybacks „investiert“. Im Mai 2005 soll auf der Hauptversammlung der Aufkauf weiterer zehn Prozent des Aktienkapitals beschlossen und so, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ehrlich schreibt, „der Aktienkurs nach oben getrieben“ werden. BMW kündigte im März 2005 ebenfalls ein Programm zum Aktienrückkauf in der Größenordnung von zehn Prozent des Grundkapitals an, womit auch hier die Pflege der Aktienlandschaft betrieben werden soll.

Das Problem dabei ist: Das Fieber der Spekulation untergräbt die gesamte Ökonomie. Erneut gibt es, wie in den Jahren 2000/2001, im Vorfeld der letzten weltweiten Rezession, einen Boom bei Korruption und Bilanzfälschungen. Selbst die Gralsburgen des Finanzgeschäfts werden von Betrug und Spekulationsfieber erfaßt. Der Chef der New Yorker Börse, Richard Grasso, wurde Ende 2003 wegen Betrug gefeuert. Der Chef des größten Versicherers der Welt, Maurice Greenberg vom Assekuranzkonzerns American International Group (AIG), musste im März 2005 seinen Top-Job wegen Bilanzfälschungen im Umfang von drei Milliarden US-Dollar aufgeben. Die Wiener Börse übernahm 2004 die Budapester Börse. Die Frankfurter Börse bot 2005 zur Übernahme der Börse in London – ein Vorstoß, der scheiterte. Rein physikalisch tendiert jede Blase zum Platzen.

4. Es kommt zu einem neuen Fusionsfieber. 2001 schien das Geschäft, in die Zerstörung und Übernahme von Unternehmen zu „investieren“, beendet zu sein. Das Business der „merger and acquisition“ (M&A), das vor der Krise 2001-2003 ein Motor des Booms gewesen war, stagnierte. Seit 2004 blüht diese Branche wieder auf. In Europa stieg das M&A-Business 2004 um 37 Prozent auf ein gesamtes Volumen von rund 700 Milliarden Euro an. Im vergangenen Jahr gab es im deutsch-französischen Pharmabereich die Fusion Sanofi-Aventis. In den USA schluckte die JP Morgan Bank die Bank One. In Japan wollen Mitsubishi Tokyo Financial Group und UFJ Holdings zur größten Bank der Welt zusammengehen. Im Januar 2005 übernahm Hutchison Whampoa (u.a. Rossmann) die französische Parfümeriekette Marionnaud und stieg damit zum größten Kosmetikhersteller der Welt auf. Im gleichen Monat gab Procter & Gamble bekannt, Gillette zu übernehmen, womit der weltgrößte Konsumgüterkonzern entstand. Im April 2005 kündigte Chevron die Übernahme von Unocal für 16,4 Milliarden US-Dollar an und dürfte damit zum viertgrößten Ölkonzern – hinter Exxon, BP und Shell und vor Total und ConocoPhillips – aufrücken. Dies könnte dazu führen, dass sich in der ohnehin enorm konzentrierten Ölbranche erneut das Fusionsfieber ausbreitet.

Das Problem dabei ist: Das M&A-Business kostet Milliarden-Summen und bringt keinen Produktivitätsfortschritt, sondern hemmt einen solchen durch Bildung von Oligopolen und Monopolen. Es ist oft mit offenem Betrug – mit Schmiergeldern als Fusionshilfe und „goldenen Handschlägen“ – verbunden.

Siehe die Fälle Mannesmann (BRD 2002), WorldCom und Tyco (USA 2002 und 2003), Parmalat (Italien 2004) und Santander/Central Hispano (Spanien 2005).

5. 2004 war nicht nur das gefeierte Jahr des Aufschwungs, sondern auch das Rekordjahr der Pleiten. Das Bauunternehmen Walter Bau vereinigt die zuletzt erwähnten Formen der Suche nach Ersatzanlagen auf ideale Weise: Im Oktober 2004 übernahm der Augsburger Baukonzern überraschend das Bauunternehmen Ed. Züblin. Triumphierend hieß es, damit rücke Walter Bau „den Branchenriesen Bilfinger und Hochtief auf die Pelle“. Vier Monate später war Walter Bau pleite. Inzwischen toben in der Baubranche neue Übernahmeschlachten – u.a. balgen sich Strabag (Österreich) und Bilfinger (BRD) um die Reste von Walter Bau.

Das Problem dabei ist: Diese Art „Bereinigungen“ steigert ihrerseits Kapitalkonzentration und Konzernmacht – mit erheblichen negativen Folgen. Ein Konkurs von Walter Bau mag bautypisch sein. Das Wanken von Karstadt-Quelle ist bereits gewichtiger. Die Schräglage, in die Anfang 2005 die HVB (HypoVereinsbank) geriet, hat bereits bedrohliche Auswirkungen für den gesamten deutschen Bankensektor.

6. Es kommt zur Immobilien-Spekulation. Anders als bei der japanischen Krise Anfang der neunziger Jahre blieb in der Krise 2001-2003 der Immobiliensektor in Nordamerika und Europa vom Börsen-Crash 2001 weitgehend unberührt. Nach einer Analyse der Dresdner Bank stiegen die Hauspreise allein zwischen 2001 und 2003 in Großbritannien um 59 Prozent und in den USA um 25 Prozent. In Spanien haben sich die Preise für Wohneigentum im Zeitraum 1997 bis 2004 glatt verdoppelt. Dies wurde durch die Niedrigzinspolitik der Zentralbanken beflügelt. Mit ihr wurde eine neue – künstliche – Nachfrage geschaffen, indem Grundbesitzer und Hauseigentümer verstärkt Kredite aufnehmen konnten. Gleichzeitig schuf dies erhebliche Überkapazitäten. Zu Frankreich gab ein Wirtschaftsblatt die folgende famose Konjunkturprognose: „Der Immobilienboom wird dazu beitragen, dass die Wirtschaft in Frankreich schneller wächst als im Rest der Euro-Zone. Der Anstieg der Quadratmeterpreise um 60 Prozent seit 2000 entsprach einem Vermögenszuwachs aus den steigenden Immobilienpreisen, der etwa einem Viertel des verfügbaren Einkommens der Franzosen entspricht. Dies hat deren Konsumlust angekurbelt.“

Das Problem dabei ist: Konsum und Konjunktur durch Spekulation sind keine solide Basis. Selbst Weltmarkt-Unternehmen in diesem Sektor sind von der Pleite bedroht. Beim größten US-Hypothekenfinanzierer Fannie-Mae, der Hypotheken für 1000 Milliarden US-Dollar in seinem Portfolio hat, tat sich 2004 eine Bilanzlücke in Höhe von 9 Milliarden US-Dollar auf. Laut „Financial Times“ könnte „die Krise bei Fannie Mae im Extremfall eine Schockwelle an den weltweiten Finanzmärkten nach sich ziehen.“ Im Fall Spanien warnte sogar

der Internationale Währungsfonds im Februar 2005: „Der unerbittliche Anstieg der Wohnungspreise und die damit verbundene Verschuldung der Familien macht die spanische Ökonomie anfällig für widrige Vorgänge“. Wobei diese „widrigen Vorgänge“, die viele Experten auch für den britischen Immobilienmarkt vorhersagen, das Platzen der Blase in diesem Bereich – mit erheblichen Folgen für das gesamten ökonomische Gefüge – meint.

7. Der aktuelle Boom speist sich durch eine fortgesetzte Staatsverschuldung und eine Erosion der öffentlichen Finanzen. 2004 erreichte der Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt im Euroland im Durchschnitt 71 Prozent. 2001 waren es noch 69,5 Prozent. In den drei EU-Staaten Italien, Belgien und Griechenland übersteigen die Schulden bereits das BIP. In der BRD wurden 2004 65 Prozent erreicht (2001: 59,4 %). 1992 wurde mit dem Maastricht-Vertrag die Obergrenze auf 60 Prozent festgelegt. 2005 werden mindestens vier EU-Staaten erneut die Obergrenze von maximal 3 Prozent Neuverschuldung gemessen am BIP reißen – die BRD gehört dazu. Die Lockerung dieser „Maastricht-Kriterien“, zu denen sich im März die EU-Regierungschefs verständigten, ist nur Ausdruck einer Kapitulation, zumal die zusätzlichen Schulden ja nicht in sinnvolle Investitionsprogramme zur Überwindung rezessiver Tendenzen gepumpt werden, sondern in erster Linie der ständigen Reduktion der Unternehmenssteuern geschuldet sind.

Der Krisenherd Staatsschulden wird vor allem bei der Debatte zu Japan ausgeklammert. Doch das „Wunder“ der – wie wir sahen: fragilen – Erholung in Japan wurde teuer bezahlt – mit 1031 Milliarden Euro, die der Staat während der zehnjährigen Stagnationsperiode in die Ökonomie pumpte. Während bereits die Aussage, Keynes sei tot, Nobelpreis-verdächtig ist (2004 erhielten die Anti-Keynesianer Finn Kydland und Edward Prescott den Nobelpreis für Wirtschaft), während das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) sich Mitte 2004 von Gustav Horn und damit von dem letzten prominenten keynesianisch orientierten Konjunkturforscher trennte, lobt im Fall Japan alle Welt eine die auf die Spitze getriebene keynesianische Politik, über die es in der „Zeit“ heißt: „Japan ist infolge all dieser Konjunkturprogramme weitgehend zubetoniert.“

Das Problem dabei ist: Der Schuldenberg der öffentlichen Hand Japans beläuft sich mittlerweile auf weit mehr als das Anderthalbfache der jährlichen Wirtschaftsleistung – die höchste Quote unter allen Industrienationen. Der Spielraum des Staates tendiert gegen Null. Bereits bescheidene Versuche, das staatliche Defizit zurückzuführen, drohen die Konjunktur abzuwürgen und haben die Proteste anderer G-7-Regierungen zur Folge, die die fragile Welt-Finanzarchitektur gefährdet sehen. Womit der letzte, entscheidende Aspekt der unsicheren Weltkonjunktur angesprochen ist.

Lok aus der Spur

Die weltweite fragile Finanzarchitektur führt zurück zum kapitalistischen Zentrum, in die USA, und zu den großen Waren- und Kapitalströmen zwischen den Triadenmächten und Asien. Der Chefökonom der Londoner „Financial Times“, Martin Wolf, ließ das Jahr 2004 mit der Warnung ausklingen: „Das wachsende Leistungsbilanzdefizit der einzigen Supermacht wird zur Gefahr für die Weltwirtschaft.“

Ein großer Teil der weltweit fehlenden Nachfrage wurde durch eine schnell steigende US-Verschuldung auf verschiedenen Ebenen finanziert. In den Jahren 1998 bis 2001 erwirtschafteten die USA Haushaltsüberschüsse. Mit Beginn der neuen Krise wurden rote Zahlen geschrieben und ein – weitgehend durch massiv ansteigende Ausgaben für Militär und „Sicherheit“ geprägter – spezifischer Keynesianismus betrieben. Die Budgetdefizite stiegen von 158 Milliarden US-Dollar 2002 auf 513 Milliarden 2004. Gleichzeitig stieg das Leistungsbilanzdefizit auf das Rekordniveau von 600 Milliarden US-Dollar an – um so viel importierten die USA mehr Waren und Dienstleistungen aus dem Ausland als sie exportierten. Dieses Defizit entsprach 5,7 Prozent des US-BIP. Der IWF interveniert in der Regel gegenüber Schwellenländern, wenn ihr Leistungsbilanzdefizit 5 Prozent überschreitet.

Die Wirtschaftspolitik unter George W. Bush war von vornherein von Kurzatmigkeit geprägt. Sie zielte auf den schnellen Profit für große Konzerne und den Wahlsieg für eine zweite Amtsperiode der Abzocker-Clique um den US-Präsidenten. Natürlich gibt es immanente Krisentendenzen des Kapitalismus, die in jedem Fall wirken. Doch im Fall des „Bushism“ kam es auch aus bürgerlicher Sicht zu einer speziellen, unverantwortlichen Form einer Wirtschaftspolitik. Der Nobelpreisträger und frühere Berater von US-Präsident Bill Clinton, Joseph Stiglitz, bilanzierte dies folgendermaßen: „Die Zwillingsdefizite sind nicht nur ein Problem der USA, sondern der ganzen Welt. Die Bush-Regierung betreibt eine neue Form des beggar your neighbour (beleihe Deinen Nachbarn; W.W.), also eine Politik auf Kosten anderer Staaten. Das große Defizit im Außenhandel führt zu einem schwachen Dollar und zu einem starken Euro, der wiederum die Exportfähigkeit Europas beeinträchtigt. Irgendwann könnte das Vertrauen in die USA derart erschüttert sein, dass ausländische Anleger zu der Überzeugung kommen, das Defizit nicht mehr finanzieren zu wollen. Ich teile in vielerlei Hinsicht die Vorstellungen von Keynes. Sie besagen aber, dass ein Haushaltsdefizit so einzusetzen ist, dass es sich in realen Ausgaben für den Konsum und in Investitionen niederschlägt... Doch die Politik der Bush-Administration brachte nur wenige Impulse, weil die Steuerreform mit der Entlastung der reichen falsch konzipiert wurde und die Ausgabensteigerungen vornehmlich dem Militär galten.“

Sonderfall China

All das beschreibt die kritische Lage des Weltkapitalismus noch unzureichend. Die materielle Produktion, die labile Weltkonjunktur, wird noch weit mehr von der fragilen Welt-Finanzarchitektur beeinflusst und gefährdet - vor allem durch den Sonderfall China.

Das ungebremste Wachstum des chinesischen Bruttoinlandprodukts im vergangenen Jahr mit 9,5 Prozent hat, wie erwähnt, die Weltkonjunktur deutlich positiv beeinflusst.

Nun hat Peking seine Währung, Renminbi, auch Yuan genannt, seit 1995 fest an den Dollar gekoppelt. Die Verteidigung des Kurses von 8,28 Yuan für einen US-Dollar ist teuer erkaufte. 2004 finanzierte China bereits ein Drittel des gesamten US-Defizits in der Leistungsbilanz. Mit den gewaltigen, schnell steigenden Dollar-Devisenreserven von inzwischen 600 Milliarden US-Dollar – doppelt so viel wie 2002 – verteidigt die chinesische Zentralbank diese Währungsrelation. Der Yuan gilt als um rund 25 Prozent unterbewertet, was die enormen chinesischen Exporte nach den USA und in den Dollar-Raum fördert. Dies führt dazu, dass die Regierungen in Washington, Tokio und Europa auf eine Aufwertung der chinesischen Währung drängen. Internationale Kapitalanleger, vulgo Spekulanten genannt, flüchten in die chinesische Währung - in Erwartung einer Yuan-Aufwertung. Allein die 18 ausländischen Großinvestoren, denen es gestattet ist, in die in Renminbi notierten Aktien an der Schanghaier Börse zu investieren, hatten Mitte 2004 Renminbi im Wert von zwei Milliarden US-Dollar auf chinesischen Konten gehortet. Sie weigern sich, Aktien zu kaufen und spekulieren auf eine Aufwertung.

Je größer der politische und vor allem der spekulative Druck auf die chinesische Währung wird, desto schwieriger wird es, eine nur gemäßigte Anpassung der Währungsrelationen durchzuführen. Kommt es jedoch zu einer deutlichen Aufwertung des Renminbi, so wird die Architektur der Weltökonomie und der Weltfinanzen auf mehrfache Weise bedroht.

Zunächst wird die Wirtschaft in China abschmieren, weil die alles entscheidende Exportwirtschaft, deren Wachstum 2004 mit 35 Prozent beim fast Vierfachen des BIP-Wachstums lag, einbrechen würde. Die fieberhaft und unkoordiniert aufgebauten neuen Kapazitäten im Land würden sich als Überkapazitäten erweisen und auch eine Binnenmarktkrise auslösen.

Die Folgen, die dies in China selbst und für den asiatischen Raum haben würde, dürften ähnlich gravierend wie im Fall der asiatischen Finanzkrise 1997/98 sein, in deren Verlauf die bis dahin unschlagbar erscheinenden „Tigerstaaten“ abstürzten und Weltkonzerne wie Daewoo und Kia als selbständige Unternehmen weggefedt wurden. Die Rating Agentur Standard & Poor´s schätzt, dass rund die Hälfte aller Kredite bei den chinesischen Großbanken faul sind – ein Volumen von 500 Milliarden Dollar. Der Immobiliensektor ist von einer gewaltigen Blase und flächendeckender Korruption geprägt. Große chinesische Konzerne erwiesen sich bereits 2004 als Pleitefälle – so das Konglomerat D'Long mit 58.000 Beschäftigten. Die hochspekulative Börse in

Schanghai probe bereits im September 2004 den Absturz, als der Leitindex Shanghai Composite auf ein Fünfjahrestief sank und allein im Vergleich zum April 2004 30 Prozent seines Wertes verlor.

Als zweites würde die ohnehin fragile Weltkonjunktur eine letzte Stütze verlieren. Vor allem jedoch würden im Fall einer Renminbi-Aufwertung - drittens – die Devisenreserven in China drastisch abgewertet. Die Zwangsverbindung zwischen Süchtigem und Dealer, zwischen US-Konjunktur auf Pump und dessen Finanzierung durch die chinesische Zentralbank, würde zerschlagen. Allein eine Yuan-Aufwertung um 20 Prozent bedeutete für Peking angesichts des erwähnten 600-Milliarden-Dollar-Devisenschatzes einen Verlust von 120 Milliarden US-Dollar. Ein solcher Verlust ist jedoch nicht hinnehmbar – zumal die Gefahr weiterer Dollar-Abwertungen drohen würde. Peking könnte zum Ausstieg aus dem Dollar veranlasst werden. Damit aber würde endgültig die „Finanzarchitektur des Schreckens“, wie dies der ehemalige US-Finanzminister Larry Summer nannte, ins Wanken gebracht.

Dollar, Gold, Euro

So nähert sich der Kapitalismus dem Zeitpunkt, an dem der Dollar seine Funktion als Welt-Leitwährung verliert. Der Finanzhistoriker Niall Ferguson äußerte: „Kein Geldsystem hält ewig. Der Euro hat das Zeug, dem Dollar als internationale Reservewährung Konkurrenz zu machen.“ Der Mann ist Brite; er weiß, wovon er spricht. Dem Pfund Sterling, Vorgänger des US-Dollars in dieser Funktion, erging es ähnlich. Großbritannien war vor dem Ersten Weltkrieg der größte Gläubiger der Welt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Land – wie heute die USA – einer der größten Schuldner der Welt. Dies führte nach dem Zweiten Weltkrieg zum Aufstieg des US-Kapitalismus auf dem Weltmarkt und zum Dollar als neuer Leitwährung.

So gesehen würde sich Wirtschaftsgeschichte lediglich wiederholen. Allerdings sind drei Besonderheiten zu berücksichtigen: Erstens dauerte der reale Ablösungsprozess des britischen Pfund durch den US-Dollar rund zwei Jahrzehnte und war mit schmerzhaften Krisen und Erschütterungen der Weltwirtschaft verbunden. So gab es 1923 in Deutschland die Inflationskrise und 1929 bis 1932 die Weltwirtschaftskrise. Zweitens gab es mit dem US-Dollar eine glaubwürdige Alternative zum britischen Pfund, hinter dem die größte Wirtschaftskraft der Welt mit ihrer ungeheuren Dynamik stand. Vor allem waren die USA damals auch bereits die größte Militärmacht der Welt. Heute gibt es zwar die Währung Euro als Alternative, in der auch bereits rund 20 Prozent der weltweiten Devisenvorräte angelegt sind. Doch der Euro ist noch keine fünf Jahre jung. Hinter ihm steht mit der EU „nur“ eine res publica in statu nascendi, ein Staatsgebilde im Geburtszustand. Vor allem sind die USA weiterhin und derzeit mehr denn je Militärmacht Nummer 1. Dass die EU

versucht, auch auf diesem Gebiet u.a. mit der verfassungsmäßigen Verpflichtung zu Militarisierung und Aufrüstung, aufzuschließen und sich auch auf Weltebene neue strategische Bündnispartner zu suchen (siehe das Ziel, die Rüstungsexporte nach China in großem Umfang aufzunehmen), zeigt zwar, wie konsequent die Logik auf eine Ablösung der Weltwährung Dollar betrieben wird. Gleichzeitig ist jedoch deutlich, um welch langen Weg es sich noch handeln würde, wie viele Abgründe noch lauern und wie viele Fragen zu beantworten sind: Wird der Euro eine erste Weltwährungskrise überstehen? Wird er zur EU-Währung werden? Wird sich das Projekt EU gegenüber den EU-internen nationalstaatlichen Interessen durchsetzen? Wie vieler Kriege mit welcher Vernichtungskraft wird es bedürfen, bis eine EU in Blut getaucht ihre Währung zur Welt-Leitwährung erheben kann?

Die dritte zu berücksichtigende Besonderheit im Vergleich zur Ablösung des Pfund durch den US-Dollar besteht darin, dass das Pfund Goldstandard hatte. Es konnte jederzeit in das allgemeine Äquivalent für gesellschaftliche Arbeit, in Gold, umgetauscht werden – zu einem fixen Kurs. In Zeiten früherer Währungskrisen stellte dies für das internationale Finanzsystem einen sicheren Hafen dar. Wenn Goldbarren in Krisenzeiten als „rechteckig, praktisch, gut“ erscheinen, dann hat das nichts mit Mystik zu tun. Vielmehr bestätigt sich auf diese Weise die Marxsche ökonomische Theorie, wonach alle Werte auf Arbeitszeit beruhen, geronnene Arbeitszeit sind. Karl Marx formulierte in den „Grundrissen“: „Die spezifische Schwere des Goldes und des Silbers, viel Gewicht in einem relativ schmalen Volumen zu enthalten ... wiederholt sich in der Welt der Werte so, dass es großen Wert (Arbeitszeit) in verhältnismäßig schmalen Volumen enthält.“

Auch der US-Dollar als Leitwährung basierte nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Goldstandard. Festgelegt war, dass die US-Notenbank sich verpflichtete, jederzeit für 35 US-Dollar eine Unze Gold zu verkaufen und einen ausreichend großen Goldbestand vorzuhalten. Diese Gold-Preis-Bindung des Dollar musste jedoch 1971 als eine Folge des Vietnamkriegs und der damit verbundenen US-Verschuldung aufgegeben werden. Der damalige US-Finanzminister John Connally äußerte: „Es ist unsere Währung, aber euer Problem.“ Das mag 1971 zutreffend gewesen sein. Drei Jahrzehnte lang funktionierte es auch, sich mit einem Weltwährungssystem durchzuwursteln, das grundsätzlich instabil war und nur den „ideellen Anker“, das Vertrauen in die US-Ökonomie, hatte. Inzwischen schwindet jedoch dieses Vertrauen. Die Lokomotive US-Wirtschaft ist aus der Spur geraten. Die Krise der Leitwährung Dollar wird zum Problem für die gesamte kapitalistische Ökonomie.

Einige Quellen:

Zinseszins: Nach zehn Jahren Verzinsung bzw. Wachstum von 3,5 Prozent sind 141 Prozent erreicht.

Bericht zu Davos: Süddeutsche Zeitung vom 29.1.2005

Weltbank-Analyse nach: FTD vom 17.12.2004

OECD-Zitat zur Weltkonjunktur nach: FTD vom 27.11.2003.

Welt-BIP nach Sachverständigenrat 2002. Weitere Anteile: Japan 12%, BRD 6 %, Großbritannien 5 %, Frankreich, China und Italien je 4 Prozent.

Wirtschaftsdaten zu den USA nach: Die Weltwirtschaft 2004, Heft 4, Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel; aktuelle Ausgaben von Business Week, Februar 2005.

Zitat Dresdner Bank-Experte Milleker: FTD 9.2.2005.

Zitat zu Japan: Michael Höfling, „Das Comeback des Nikkei“, in: Welt am Sonntag vom 13.6.2004.

Zitat und Angaben zu Japan: Financial Times (London) vom 2.3.2005 und FTD vom 15.3.2005. Angela Köhler, „Kurz vor der Schmerzgrenze“, in: Wirtschaftswoche vom 3.2.2005.

EZB-Prognose nach: FTD vom 3.3.2005.

Zitat Martenbauer zur EU-Konjunktur nach FTD 7.2.2005.

BRD-Zahlen 2004 und Zitate Hahlen und Clement: Statistisches Bundesamt nach: Süddeutsche Zeitung vom 14.1.2005; Wirtschaftswoche vom 21.1.2005, Bundesbank Monatsberichte, Februar 2005. Aktuelle Zahlen zu den BRD-BIP-Prognosen nach: Die Welt und FAZ vom 6.4.2005.

Angaben zu Lateinamerika nach: FTD 24.1.2005.

Angaben zu China u.a. nach: FAZ vom 20.11.2004; FAS vom 6.6.2004; Die Zeit vom 3.6.2004; Financial Times (London) vom 3.5.2004.

Angaben zum Welthandel und zu den US- und BRD-Exporten nach:

Alfred Boss, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp, Birgit Sander und Joachim Scheide, Spürbare Verlangsamung der Konjunktur in Deutschland, Die Weltwirtschaft Heft 4, Institut für Weltwirtschaft, Kiel, 4/2004, S.20.

Intra-Firm-Trade nach: W. Wolf, Fusionsfieber, Köln 2001, S.113ff; uspr. Quelle / Studie: Paul Doremus, William W. Keller, Louis W. Pauly, Simon Reich, The Myth of Global Corporation, Princeton, New Jersey, USA, 1999 (dort u.a. S.124).

Spiegel-Zitat zu den Konzerngewinnen: Der Spiegel 48/2004.

BP-Profit nach: FTD 9.2.2005.

Flassbeck nach: FTD vom 4.2.2005.

Bordelle/Nevada, USA: Die Welt vom 17.9.2003.

Deutsche Bank und allgemein zu „buybacks“: Der Spiegel 28/2004; FTD 11.3.2005 (BMW), FAZ vom 26.3.2005 (Deutsche Bank)

Bilanzfälschungen bei AIG: SZ vom 29.3.2005.

M&A-Business: FTD vom 15.2.2005. Chevron-Unocal nach FTD vom 5.4.2005.

Bauindustrie (Walter Bau usw.): Frankfurter Rundschau vom 20.10.2004 (Übernahme Ed. Züblin); FTD 2.2.2005 (Pleite Walter Bau).

Immobilien-Blase: FTD vom 13.7.2004, 17.2.2005; junge Welt vom 24.2.2005 (IWF-Zitat).

Fannie Mae nach: FTD vom 23.11.2004.

Schulden im EU-Raum nach: Wochenbericht des DIW 28/29 / 2004, S.399.

Japan: Die Zeit vom 3.6.2004; FTD vom 11.11.2003; WamS vom 13.6.2004. Zahlen zur japanischen Verschuldung u.a. nach: FAZ vom 25.1.2005.

Nobelpreis für Wirtschaft 2004: FTD vom 12.10.2004.

Gustav Horn/DIW nach: Handelsblatt vom 16.6.2004.
Martin Wolf nach: Financial Times (London), vom 8.12.2004.
US-Defizite nach: FR vom 27.1.2005.
Angaben zur Krise in den USA (Dollar, Leistungsbilanz) usw. u.a. nach: Der Spiegel 47/2004; Bilanz (Schweiz) 1/2005.
Finanzierung der US-Defizite 2004 nach: FTD 18.1.2005.
Joseph Stiglitz nach: Frankfurter Rundschau vom 31.1.2004.
China BIP 2004 nach: FTD vom 26.1.2005.
Chinas Devisenschatz u.a. nach: Euro (Schweiz), 2/2005.
China und Firmenpleiten: FTD 23.6.2004 und 18.7.2003.
Schanghai Börse: FTD 9.9.2004.
Karl Marx: K.M., Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt/Wien (europäische Verlagsanstalt), o.J., S. 147f.